

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach. 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB,
Mitglied des SPD-Präsidiums,
kritisiert den jetzt
bekannt gewordenen Hirten-
brief zur Bundestagswahl:
Einige Fragen an die
Bischöfe. Seite 1-3

Antje Huber MdB trifft
einige Feststellungen zum
CDU-Frauenkongreß in
Mainz: Die CDU plant - wir
handeln! Seite 4/5

Peter Corterier MdB legt
schärfsten Protest gegen
den Militärputsch in der
Türkei ein: Ein schwerer
Rückschlag. Seite 6

Rolf Böhme MdB erläutert
die erfolgreiche Struktur-
politik für kleine und
mittlere Unternehmen: Die
Selbständigen im Aufwind.
Seite 7/8

Dokumentation
Brief des SPD-Vorsitzen-
den Willy Brandt an
Bischof Kunst. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Gödesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 175

12. September 1980

Einige Fragen an die deutschen Bischöfe

Zum jetzt bekannt gewordenen Hirtenbrief zur Bundestagswahl
1980

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Niemand bestreitet den Bischöfen das Recht, auch das öffentliche Leben kritisch zu begleiten. Wir Sozialdemokraten haben es in unserem Grundsatzprogramm für die Kirchen sogar ausdrücklich anerkannt. Dabei sind beiderseits die Grenzen zu beachten, die sich aus der Eigenständigkeit des kirchlichen und des staatlichen Bereichs ergeben. Die Römische Bischofssynode 1971 hat den Katholiken diese Grenzen mit den Sätzen "Wo es vom Evangelium Jesu Christi her legitimiert ist, haben die Amtsträger der Kirche das Recht und die Pflicht, zu Vorhaben einer politischen Partei Stellung zu nehmen. Bei den vielen Fragen der praktischen Politik, für deren Lösung sich aus dem Evangelium keine eindeutige Antwort ergibt, ist jedoch Zurückhaltung der Kirche am Platz" mit besonderer Deutlichkeit ins Bewußtsein gerufen.

Die Sozialdemokraten achten diese Grenzen, Sie schweigen als Partei zum Fall Küng ebenso wie zu den innerkirchlichen Auseinandersetzungen über die Empfängnisverhütung, über den Zölibat oder über die Seelsorge für Geschiedene. Der Wahlhirtenbrief läßt diese Grenze außer acht. Er mindert sein Gewicht außerdem durch die Auswahl der Punkte, zu denen er Stellung nimmt und derjenigen, zu denen er schweigt. Es wird deshalb nicht leicht sein, den Brief gegen den Vorwurf der Einseitigkeit zu verteidigen. Auch werden sich manche an eine andere Mahnung der Römischen Bischofssynode 1971 erinnern; nämlich daran, daß "der Priester als Zeuge der künftigen Welt eine gewisse Distanz zu jedem politischen Amt oder Einsatz wahren" soll.

So fällt zunächst auf, wozu sich der Text nicht äußert. Gerade in diesen Tagen stattet eine Delegation der deutschen Bischöfe der polnischen Kirche einen Besuch ab. Warum wird



trotzdem die Entspannungspolitik nicht erwähnt? Glauben die Bischöfe, ihr Besuch wäre ohne den Vertrag von Warschau überhaupt möglich? Warum wird der von Oswald von Nell-Breuning so stark beeinflusste Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht angesprochen? Ist der von der gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland 1976 verabschiedete Text "Kirche und Arbeiterschaft" schon wieder vergessen? Weiter verwundert, daß der Brief nicht einen Satz zur Nord-Süd-Problematik und zur Entwicklungshilfe enthält und daß auch die Frage des Umweltschutzes und der Wachstumsproblematik mit Schweigen übergangen wird. Sind den Bischöfen die Mahnungen des Papstes während seiner Brasilienreise und die entsprechenden Abschnitte seiner Enzyklika "Redemptor hominis" nicht gegenwärtig? Halten sie etwa den Satz der Enzyklika: "Das notwendige wirtschaftliche Wachstum mit seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten muß in die Perspektive einer ganzheitlichen und solidarischen Entwicklung der einzelnen Menschen und Völker einbezogen werden, wie uns mein Vorgänger Paul VI. in der Enzyklika Populorum Progressio mit Nachdruck in Erinnerung gerufen hat. Sonst wird der Teilbereich 'wirtschaftlichen Wachstums' so übermächtig, daß er den gesamten Bereich des menschlichen Lebens seinen partiellen Erfordernissen unterordnet, dabei den Menschen erstickt, die Gesellschaft zersetzt und schließlich in den eigenen Spannungen und Exzessen steckenbleibt", nicht für erwähnenswert?

Wäre nicht auch ein Wort zur Gewissensprüfung bei der Kriegsdienstverweigerung am Platze gewesen? Ist das kein Thema, das gerade auch junge Katholiken beschäftigt? Oder das Thema unseres Umganges mit den Ausländern in unserer Mitte? Müßten nicht vor allem die Bischöfe vor Ansätzen einer beginnenden Ausländerfeindlichkeit und dem politischen Mißbrauch dieses Problems warnen?

Stattdessen spricht der Brief von der Staatsverschuldung und der Bürokratisierung. Ist es wirklich Aufgabe der Bischöfe, diese Stichworte der Opposition in einseitiger Weise aufzugreifen? Wissen sie nicht, daß die Kreditaufnahme nach dem Urteil unabhängiger Sachverständiger keinesfalls gefährlich, sondern zur Abwendung hoher Arbeitslosigkeit notwendig gewesen ist? Und welche Ausweitung der Staatstätigkeit ist eigentlich gemeint? Was wird konkret für entbehrlich gehalten? War den Bischöfen nicht mehr bewußt, was sie noch 1969 in ihrem Text "Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart" selbst gesagt haben; nämlich "In vielen Bereichen des heutigen Lebens muß ... nicht selten die Freiheit einzelner eingeschränkt werden, um die Freiheit vieler zu sichern. Jede undifferenzierte Zurückweisung des heutigen Sozialstaates zugunsten übertriebener individueller Freiheit übersieht den langen und schwierigen geschichtlichen Weg, den wir zur Überwindung staatlicher Passivität in Abkehr von den utopischen Harmonieerwartungen des individualistischen Liberalismus gegangen sind." Fragen über Fragen, die deutlich machen, wie sehr sich die Bischöfe hier außerhalb ihres Lehr- und Hirtenamtes bewegen und wie sehr sie sich in der Tagespolitik verstricken.

Zustimmen muß man den Bischöfen, wenn sie das Grundrecht auf Leben unterstreichen. Aber warum wird gleichzeitig wieder der Eindruck erweckt, das ungeborene Leben sei heute gefährdeter als vor der Reform des Paragraphen 218 StGB? Daß die Zahl der Abbrüche vor der Reform höher war als heute und daß die Bundesrepublik eine der niedrigsten Abbruchraten in ganz Europa hat, ist doch inzwischen kaum mehr ernsthaft umstritten. Und ist es etwa nicht wahr, daß sich auch die Kirche lange der Täuschung hingab, ein Strafparagraph könne das leisten, was in Wirklichkeit wohl nur Rat, Hilfe, menschliche Zuwendung und innere Bindung zu bewirken vermögen? Kardinal Höffner selbst hat noch im September 1979 eingeräumt, "daß auch innerhalb der Kirche nicht immer genug Verständnis für die Konfliktsituation einer schwangeren Frau und gegenüber einer unehelichen Mutter vorhanden war, und daß die Diskussion über einen schnelleren und intensiveren Ausbau der Beratungs- und Hilfsmaßnahmen auch innerhalb der beiden Kirchen erst im Zusammenhang mit der Änderung der strafrechtlichen Vorschriften breiter in Gang gekommen ist".



Ohne Beweis ist auch die Behauptung, das neue Ehegesetz zerstöre die Ehe. Die konkreten Zahlen besagen etwas ganz anderes. Außerdem: Leidet die Ehe als Institution nicht viel stärkeren Schaden, wenn das Gesetz ihren äußeren Schein aufrecht erhält, obwohl sie in der Lebenswirklichkeit schon längst zerbrochen ist? Wird hier die Ehe nicht zum Zerrbild?

Und welches Gesetz geht eigentlich von der Annahme aus, die Mehrzahl unserer Familien sei zerrüttet? Sollte die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge gemeint sein, so richtet sich die Kritik der Bischöfe auch gegen das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, das die Kernbestimmung dieses Gesetzes über die Grenzen des staatlichen Wächteramtes ausdrücklich gutgeheißen hat. Und natürlich ist das Zentralkomitee ebensowenig wie der Gesetzgeber der Meinung, der Staat müsse immer mehr die Familien ersetzen.

Noch eine letzte Frage drängt sich auf: Warum rufen die Bischöfe so rasch und so undifferenziert nach dem weltlichen Arm, nach Strafparagrafen und Wiederverheiratsverboten? Warum vertrauen sie nicht mehr auf die der Kirche eigentümlichen Mittel der Seelsorge, der Pastoral, der Fürbitte, der Zuwendung und des Gesprächs? Rechtfertigt die Geschichte der Kirche diesen Mangel an Selbstvertrauen? Wenn man sich erinnert, auf welche Forderungen an die Anwendung staatlicher Gewalt die Kirche im Laufe der Jahrhunderte zu ihrem Nutzen, nicht zu ihrem Schaden wohlweislich verzichtet hat, kann man diese Frage nur verneinen.

Jeder gläubige Katholik wird dem Wort seines Bischofs mit Aufmerksamkeit und Respekt begegnen. In Fragen des Glaubens kommt diesem Wort die Autorität des kirchlichen Lehramtes zu. Diese Autorität besitzen politische Äußerungen nicht. Hier können Aufmerksamkeit und Respekt sogar zu Nachfragen und zum Widerspruch zwingen. Solche Fragen sind hier schon deshalb gestellt, solcher Widerspruch schon deshalb erhoben worden, damit der Dialog zwischen den Sozialdemokraten und der Kirche nicht abreißt. Erleichtert hat ihn der Hirtenbrief wahrlich nicht. Man kann gut verstehen, daß seine Formulierungen unter den Bischöfen selbst lange umstritten waren. Vielleicht haben sich die Widerstrebenden an eine ganz bestimmte Stelle der vom 2. Vatikanum verabschiedeten Pastoral-Konstitution "Caudium et spes" erinnert. Sie lautet: "Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen. Wenn dann die beiderseitigen Lösungen, auch gegen den Willen der Parteien, von vielen andern sehr leicht als eindeutige Folgerung aus der Botschaft des Evangeliums betrachtet werden, so müßte doch klar bleiben, daß in solchen Fällen niemand das Recht hat, Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber sollen sie in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen."

(-/12.9.1980/ks/ca)

+ + +



Die CDU plant - wir handeln!

Zum CDU-"Frauenkongreß '80" in Mainz

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Auch für diesen Wahlkampf hat die CDU wieder die Frauen als wichtige Zielgruppe entdeckt. Durch den "Frauenkongreß '80", der heute in Mainz veranstaltet wird, sollen die Wahlkampfforderungen der CDU für Frauen noch einmal rechtzeitig vor der Wahl "an die Frau" gebracht werden.

Schaut man sich jedoch das als neu verkaufte Konzept der CDU einmal genauer an, dann muß man feststellen: Was die CDU fordert, hat die sozial-liberale Bundesregierung in zehn Jahren Reglerungsarbeit bereits in praktische Politik für Frauen umgesetzt - und dies oft gegen den Widerstand der CDU. Diese praktische Politik will nicht nur Chancengleichheit von Männern und Frauen, sondern auch Wahlfreiheit für beide im umfassenden Sinn:

- Durch massive Bildungswerbung und erhöhte Ausgaben im allgemeinen Bildungswesen sind die Mädchen mittlerweile dabei, die Jungen bei der schulischen Ausbildung zu überrunden. So stellen heutzutage zum Beispiel die Mädchen nur 48,8 Prozent der Hauptschüler, aber 53,9 Prozent der Realschüler und 49,3 Prozent der Gymnasiasten.
- Rund 28.000 Mädchen arbeiten inzwischen in gewerblich-technischen Berufen, die bisher fast ausschließlich von Männern ausgeübt wurden. Über 1.000 Mädchen zeigten in einem sehr erfolgreichen Modellprogramm der Bundesregierung, daß sie ebenso gut wie Jungen, Schlosserinnen, Kraftfahrzeug-Mechanikerinnen, Elektrotechnikerinnen und so weiter werden können.
- Die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind durch Modellversuche und gezielte Maßnahmen erheblich verbessert worden. So gab die Bundesregierung 330 Millionen DM für Problemgruppen des Arbeitsmarktes und 270 Millionen DM für Arbeitsplätze in den sozialen Diensten aus.
- Das in dieser Legislaturperiode verabschiedete Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz verbietet jede Benachteiligung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechts, und wird die Chancengleichheit von Frauen weiter verbessern.
- Der Mutterschaftsurlaub, der von 90 Prozent der anspruchsberechtigten Mütter in Anspruch genommen wird, ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Durch gezielte Modelle werden Weiterbildungsangebote entwickelt, die Frauen, die sich längere Zeit der Familie und Betreuung der Kinder gewidmet haben, die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtern sollen. Bei einem solchen Modellversuch wurden zum Beispiel drei Viertel der Teilnehmerinnen zur beruflichen Weiterbildung motiviert.
- Das neue Ehe- und Familienrecht sichert Frauen in der Familie materiell ab, auch wenn die Ehe scheitert und erkennt Leistungen der Frauen in der Familie als gleichwertig mit beruflicher Tätigkeit an.

Diesen Weg der erfolgreichen Verwirklichung von Chancengleichheit und Wahlfreiheit für Frauen wird die SPD fortsetzen. Unter Wahlfreiheit verstehen wir dabei, daß



Frauen und Männer tatsächlich frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen: Ob sie sich ganz der Familie widmen oder sich für einen Beruf entscheiden oder ob sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Für die Gesellschaft und die Politik bedeutet Wahlfreiheit, daß sie jeden dieser Wege anerkennen und respektieren muß.

Wer wie die CDU familienpolitische Leistungen, wie zum Beispiel das Mutterschafts- und Erziehungsgeld, davon abhängig machen will, daß Frauen ihre Berufstätigkeit aufgeben, der will das Gegenteil von Wahlfreiheit: Auch die Frauen, die sich lieber für ein Nebeneinander von Familie und Beruf entscheiden würden, sollen verlockt werden, den Beruf aufzugeben. Wahlfreiheit bedeutet für uns auch, dort Hilfen zu geben, wo die Lebensbedingungen den Frauen die Entscheidung für eine dieser Möglichkeiten besonders schwer machen. Deswegen hat sich die SPD für den Mutterschaftsurlaub und das Mutterschaftsgeld eingesetzt: Es soll Eltern dabei helfen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Für die Zukunft setzt sie sich für einen Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie ein: Die Mütter oder Väter, die während der ersten drei Jahre eines Kindes sich nur dem Kind zuwenden wollen, sollen dies können, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Den Frauen, die sich ganz für die Kinder und das Haus entschieden haben, soll geholfen werden, wenn sie später in ihrem Leben doch berufstätig werden wollen. Die Bundesregierung hat hier bereits erfolgreiche Modellvorhaben durchgeführt.

Wir müssen auch den Eltern helfen, bei denen nur deswegen beide berufstätig sind, weil einer allein zu wenig für die Familie verdient. Anders als die CDU, die dauernd von der armen Familie redet, aber durch die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen die besser verdienenden Familien erheblich begünstigen will, wollen die Sozialdemokraten in der Zukunft den Familienlastenausgleich gezielt um Leistungen für einkommensschwächere Familien mit Kindern ergänzen.

Es ist sehr zu begrüßen daß die CDU sich endlich unserer Meinung angeschlossen hat, Kindererziehung rentensteigernd anzuerkennen. Wir hätten dafür allerdings einen besseren Einstieg gehabt, wenn wir bereits auf dem einen Babyjahr aufbauen könnten, das 1972 von der CDU im Bundestag abgelehnt wurde. Wie jedenfalls die fünf Rentenjahre finanziert werden sollen, die für das Jahr 2015 versprochen werden, ist noch ein Geheimnis.

Wenn die CDU auch nach dem 5. Oktober das Programm weiter vertreten will, das sie auf ihren "Frauenkongreß '80" festschreiben möchte, muß sie konsequenterweise in weiten Bereichen der Frauenpolitik die Sozialdemokratische Partei im Bundestag und Bundesrat künftig unterstützen. Darauf sind wir gespannt. (-/12.9.1980/bgy/ca)

+ + +



Ein schwerer Rückschlag

Schärfster Protest gegen den Militärputsch in der Türkei

Von Dr. Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

In der Türkei hat das Militär die Macht übernommen. Zahlreiche Politiker, darunter der gegenwärtige Ministerpräsident Demirel und Oppositionsführer Ecevit sollen - wie es in Agenturmeldungen heißt - in "Schutzhaft" genommen worden sein.

Wir Sozialdemokraten verurteilen die Errichtung eines Militärregimes in der Türkei und fordern die sofortige Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Wir wissen, daß sich die Türkei in einer schweren wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise befindet. Von der Bundesrepublik ist gerade in jüngster Vergangenheit viel getan worden, um der Türkei zu helfen. Damit sollte die Aufrechterhaltung der Demokratie in der Türkei gesichert werden. Um so mehr besteht gerade hier Anlaß, gegen den Militärputsch auf das Schärfste zu protestieren.

Seit 1974, als in Griechenland das Obristenregime und in Portugal die Diktatur fielen, konnte die Nordatlantische Allianz mit einem gewissen Stolz von sich sagen, ein Bündnis von demokratischen Staaten zu sein. Der Militärputsch in der Türkei ist ein schwerer Rückschlag für die Demokratie. (-/12.9.1980/ks/ca)

+ + +



Die Selbständigen im Aufwind

Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen war erfolgreich

Von Dr. Rolf Böhme MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Die Selbständigen in Handel, Handwerk und Gewerbe sowie die freiberuflich Tätigen gewinnen in unserer Wirtschaft wieder deutlich an Boden. Die Jahre des Niedergangs vieler selbständiger Existenzen scheinen vorbei. Erstmals ist im Jahre 1979 die Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik wieder beachtlich angestiegen - und zwar um 26.000 auf 2,4 Millionen. Ohne Berücksichtigung der Landwirtschaft, bei der eine Abnahme um 12.000 registriert wurde, war der Anstieg im übrigen Bereich mit 38.000 noch deutlicher. Am stärksten fiel der Anstieg mit 23.000 im Dienstleistungsgewerbe aus. Das produzierende Gewerbe verbuchte ein Plus von 11.000. Im Handel und Verkehr gab es 4.000 mehr Selbständige.

Daß die Attraktivität der Selbständigkeit gestiegen ist, zeigt sich auch in der wieder deutlich meßbaren Verjüngung der selbständigen Geschäftsinhaber. Die Zahl der unter 45jährigen Selbständigen war bis vor wenigen Jahren auf kaum noch ein Drittel abgesunken - ein Zeichen für zunehmende Überalterung. Sie liegt heute wieder bei fast 50 Prozent.

Diese positive Entwicklung ist nach meiner Einschätzung für viele überraschend, die die jahrelangen Schreckensmeldungen vom Untergang der Mittelschichten noch im Ohr haben. In den letzten Jahrzehnten haben im Zuge des umfassenden Strukturwandels unserer Wirtschaft viele kleine und mittlere Betriebe ihre Pforten schließen müssen oder sich umstellen müssen.

Daß nunmehr eine neue positive Entwicklung zum Tragen kommt, daß die selbständigen Mittelschichten nicht vernichtet worden sind, hat nach meiner Auffassung zwei entscheidende Gründe:

Zum einen haben die Selbständigen in den kleinen und mittleren Unternehmen ihre wirtschaftlichen Grundlagen, die eine Weile aufs äußerste gefährdet erschienen, entscheidend aus eigener Kraft selber verbessert. Was in den letzten Jahren tiefgreifender Strukturveränderungen von den Selbständigen und ihren Familien an Kreativität, an Dynamik, an Anpassungsfähigkeit, an Ausdauer und Arbeitsleistung gebracht worden ist,



verdient Anerkennung. Gerade bei jungen Selbständigen stellen wir eine neue Art von Selbstverständnis fest, eine neue Art von Wirtschaftsgesinnung, die nicht mehr auf dem Standesdenken vergangener Zeiten beruht, sondern auf der wachsenden Bereitschaft zu eigenen produktiven Leistungen.

Zum anderen ist den kleinen und mittleren Unternehmen von der Politik in einer Weise geholfen worden wie nie zuvor. Ausgehend von der Überzeugung, daß unsere marktwirtschaftliche Ordnung auf die Selbständigen nicht verzichten kann, daß ohne sie unser Wettbewerbssystem mit seinen positiven Folgen für den Verbraucher zusammenbrechen würde, haben sowohl die Strukturpolitik wie auch die Finanz- und Steuerpolitik die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb verbessert und zur betrieblichen Leistungssteigerung beigetragen. Wie nie zuvor ist geholfen worden bei der überbetrieblichen Aus- und Fortbildung, bei Forschung und Entwicklung und bei der Einführung neuer Produkte. Gerade das Innovationspotential der kleinen und mittleren Unternehmen ist hoch einzuschätzen. Gefördert wird die Existenzgründung von Nachwuchskräften, die Errichtung von Betrieben in neuen Stadtteilen. Es gibt Investitionshilfen für regionale Fördergebiete, Beteiligungsfinanzierung und Eigenkapitalhilfen. Die Haushaltsmittel des Bundes sind von 66 Millionen DM in 1970 auf 652 Millionen DM in 1979 praktisch verzehnfacht worden. Die ERP-Darlehen sind von 342 Millionen DM in 1970 auf 1.370 Millionen DM in 1979 vervierfacht worden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank haben im gleichen Zeitraum mehr als elf Milliarden DM zusätzlich an Krediten bereitgestellt.

Steuerpolitisch haben wir in den letzten Jahren die Kleinen und Mittleren kontinuierlich entlastet. Nur noch knapp ein Drittel aller Gewerbetreibenden zahlen Gewerbesteuer. Ab 1981 zahlen nur noch 16 Prozent aller Betriebe Gewerbesteuer. Von den insgesamt 16,4 Milliarden DM Steuerentlastung des jüngsten Steuerpakets entfallen etwa 3,2 Milliarden DM (= 20 Prozent) auf Selbständige.

Dies alles hat dazu beigetragen, daß die Zukunftschancen der Selbständigen heute sehr viel optimistischer eingeschätzt werden als jemals zuvor in den letzten 30 Jahren. Auch die Einkommen der Selbständigen sind deutlich gestiegen und liegen nach den neuesten Untersuchungen im Durchschnitt an der Spitze im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen, wenngleich es viele Selbständige vor allem in kleinen Betrieben gibt, deren persönliches Einkommen das durchschnittliche Angestellten-Einkommen nicht überschreitet. In vielen Fällen müssen auch die Ehepartner von Selbständigen unselbständig erwerbstätig sein, um ein ausreichendes Familieneinkommen zu sichern.

Die eigene gestiegene Leistungsfähigkeit und die von der Politik gegebenen Hilfen haben die Sicherheit der Arbeitsplätze in den kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Knapp zwei Drittel aller Beschäftigten in unserer privaten Wirtschaft verdienen ihren Lebensunterhalt bei den kleinen und mittleren Unternehmen. 900.000 von 1,5 Millionen Ausbildungsplätzen werden von diesen Betrieben bereitgestellt.

In Zukunft gilt es, das hohe Innovationspotential der kleinen und mittleren Unternehmen noch besser zu nutzen. Die staatliche Förderpolitik wird weiterhin auf eine Stärkung der Eigenkapitalausstattung hinarbeiten müssen, damit gerade die kleinen und mittleren Unternehmen mit dem beschleunigten Investitionstempo Schritt halten können. Auch die soziale Absicherung der Selbständigen bedarf der Verbesserung. Die Politik der Bundesregierung ist auf dem richtigen Wege.
(-/12.9.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, hat am Freitag folgenden Brief an den Vorsitzenden der Gemeinsamen Schiedsstelle, Bischof D. Hermann Kunst, gerichtet:

Ich kann mein Recht nur bei den Wählern finden

Sehr geehrter Herr Bischof,

ich wende mich an Sie als den Vorsitzenden der Schiedsstelle und will nicht verhehlen, daß mich der Spruch vom Anfang dieser Woche, durch den ich selbst betroffen bin, nicht nur erstaunt, sondern auch bitter enttäuscht hat.

Ich soll nicht sagen dürfen, daß ich Herrn Strauß für "auf abenteuerliche Weise unbeherrscht" halte? Das wäre nicht einmal im Deutschen Bundestag gerügt worden. Der "Rentenbetrüger" wäre im Bundestag gerügt worden, aber den hat die Schiedsstelle durchgehen lassen.

Ich will keine alten Rechnungen mit Erzverleumdern der deutschen Politik begleichen, aber ich weiß, wovon ich rede. Heute geht es vor allem um folgendes:

Strauß hat den Bundeskanzler einen "Kriegskanzler" genannt und gemeint, er sei "reif für die Nervenheilanstalt". Ist das nicht unbeherrscht?

Herr Strauß hat von führenden Mitgliedern der SPD, auch von mir, behaupten lassen, wir seien "Werkzeuge Moskaus". Ist das nicht abenteuerlich?

Herr Strauß hat das kriminelle Gerede über eine Währungsreform mit in Gang gesetzt. Ist das nicht unbeherrscht? Und wenn ich hinzufüge "auf abenteuerliche Weise", so ist das keine Übertreibung, sondern eine erlaubte Charakterisierung.

Ich habe es nicht nötig, ein einseitiges und unrichtiges Verdikt auf mir sitzen zu lassen. Mein Recht kann ich, politisch gesehen, jetzt ohnehin nur bei den Wählern finden, und darum werde ich mich in der Tat auch bis zum 5. Oktober nach Kräften bemühen.

Mit respektvollen Grüßen
Ihr Willy Brandt

(-/12.9.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

